ÖSTERREICHISCHER NATURSCHUTZBUND

ÖNB-KURIER

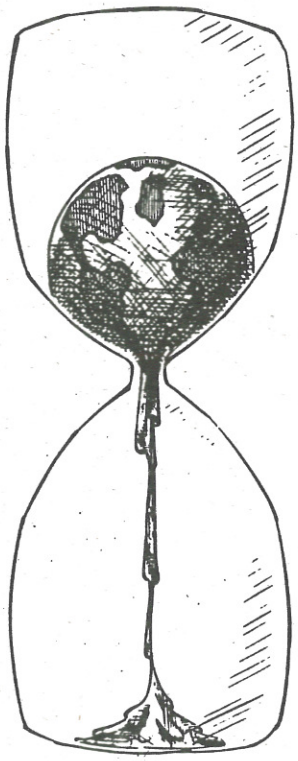
LANDESGRUPPE SALZBURG

A-5020 Salzburg · Arenbergstraße 10 · Tel. 0662/74371

Folge 1/1987

Fahren Sie mit uns zum 33. Österreichischen Naturschutztag in Klagenfurt 22./23./24. Mai 1987

Thema: »Naturschutz und Jagd«



Aus: Macht und Ohnmacht

Programm: (Detailprogramm liegt bei)

Freitag, 22. 5. 1987, 17.00 Uhr, Abfahrt mit Bus vom Busparkplatz Nonntal, Salzburg
Samstag, 23. 5. 1987, ab 9 Uhr: Vorträge, Podiumsdiskussion
Sonntag, 24. 5. 1987, geführte Exkursionen in sehenswerte Naturschutzgebiete; Rückkehr nach Salzburg: Sonntag abends.

Auskünfte und Anmeldung: ÖNB, Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg, Telefon: 0662/74 3 71.

Die Fahrt wird finanziell unterstützt durch den Österreichischen Naturschutzbund Salzburg.

P.b.b.
Erscheinungsort Salzburg
Verlagspostamt 5020 Salzburg

Absender: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Landesgruppe Salzburg des Österr. Naturschutzbundes; Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Hannes Augustin; alle Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg.
Hersteller: Offsetdurck Bubnik, 5323 Ebenau 25.

Liebe Mitglieder und Freunde!

Dieser Ausgabe des ÖNB-Kurier liegt ein Zahlschein bei.

Bitte zahlen Sie damit Ihren **Mitglieds- bzw. Förderbeitrag für 1987** auf unser Konto Nr. 6460 (bei der Salzburger Sparkasse, Bankleitzahl 20404) ein. Der Kontrollabschnitt gilt als Mitgliedsausweis!

ACHTUNG

Bei der Jahreshauptversammlung 1986 wurden die Beitragssätze (in denen übrigens auch das Abonnement für den ÖNB-Kurier enthalten ist) nach langen Jahren etwas angehoben.

Die neuen Beitragssätze lauten:

Mitgliedsbeitrag	S	100,–
Förderbeitrag	S	300,–
Mitgliedsbeitrag f. Ehepaare . .	S	175,–
Mitgliedschaft auf Lebenszeit . .	S	5.000,–
Mitgliedschaft auf Lebenszeit für Ehepaare	S	7.500,–

Wir danken für Ihr Verständnis und ersuchen um baldige Einzahlung.

Achtung Vortrag – Achtung Vortrag

FLECHTEN –

Bioindikatoren für die Umweltsituation im Bundesland Salzburg

Univ. Prof. Dr. Roman TÜRK
Mittwoch, 13. Mai 1987, 19.00 Uhr
im Vortragssaal des Hauses der Natur
Eintritt: S 20,–

Anschließend:
Jahreshauptversammlung des Österreichischen Naturschutzbundes Landesgruppe Salzburg

Tagesordnung:

1) Begrüßung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
2) Genehmigung des Protokolls der letzten Hauptversammlung.
3) Bericht des Vorsitzenden Prof. Dr. Eberhard Stüber
4) Bericht des Finanzreferenten
5) Bericht der Rechnungsprüfer
6) Allfälliges

Experten-Forum

Die geplante Elektrolyse in Ranshofen ist die teuerste aller Lösungen

Prof. G. Bruckmann in der Kronen Zeitung vom 13. 12. 86:

Über Zwentendorf konnte man verschiedener Meinung sein, auch über Hainburg; was aber die geplante neue Elektrolyse für Ranshofen betrifft, sind sich alle unabhängigen Gutachter einig: Sie ist ökonomisch wie ökologisch schlicht und einfach falsch.

Fünf Milliarden Schilling sollen investiert werden, damit wir mit unserem Geld einen niedrigen Strompreis stützen, durch den Rohaluminium erzeugt wird, das zu Verlustpreisen exportiert werden muß oder das wir wesentlich billiger aus dem Ausland beziehen könnten, aus Ländern, die aufgrund von Standortvorteilen ungleich geringere Gestehungskosten haben.

Ferner ist die Aluminiumerzeugung äußerst stromintensiv. Sie erfordert Kraftwerke, die wir ansonsten nicht bräuchten, und belastet schwer unsere Umwelt.

Mit anderen Worten: In Ranshofen soll nicht Aluminium erzeugt werden, sondern wirtschaftlicher wie ökologischer Schaden.

Wenn wir die in Frage stehenden 1500 Arbeitsplätze erhalten wollen, käme es uns weit billiger, alle 1500 Betroffenen hoch bezahlt Steine von einem Ende von Ranshofen ans andere Ende schleppen zu lassen. Das würde zumindest keinen Schaden verursachen.

Und wenn dies schon eine klügere Lösung wäre, so müßte den Verantwortlichen für Ranshofen doch etwas Vernünftigeres einfallen, als 1500 hoch qualifizierte Arbeitnehmer Steine schleppen zu lassen, sodaß unter dem Strich kein negativer, sondern ein positiver Beitrag zum Sozialprodukt herauskommt.

Offenlegung laut Mediengesetz:

Der ÖNB-Kurier ist eine konfessions- und parteiungebundene Zeitschrift, die seitens des Österreichischen Naturschutzbundes, Landesgruppe Salzburg herausgegeben wird. Redaktionelles Ziel und Anliegen: Alle Fragen des Natur- und Umweltschutzes.

Gedruckt mit Unterstützung der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz.

REDAKTION: Hannes Augustin

An dieser Ausgabe haben weiters mitgearbeitet:
Mag. Christine Arnold, Mag. Dr. Winfrid Herbst, Dr. Anne-Marie Patzner, Prof. Mag. Heinz Stockinger, Prof. Dr. Eberhard Stüber.

Flugblätter werden als Dokumente in den ÖNB-Kurier aufgenommen. Sollten sie eigene Impressi tragen, verlieren diese ihre Gültigkeit. Es gilt lediglich das Impressum des ÖNB-Kuriers.

Salzachauen müssen erhalten bleiben

Der Österreichische Naturschutzbund hat bereits des öfteren einen gesetzlichen Schutz der Salzachauen, wie er etwa durch Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet (mit einigen geschützten Landschaftsteilen für besonders wertvolle Bereiche) möglich wäre, gefordert. Nichtsdestotrotz war ein weiterer großflächiger Schotterabbau im Augebiet geplant, der übrigens durch die uneinsichtige Vorgangsweise der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung (OAR Miller) bereits genehmigt war. Erst im letzten Augenblick ist es dank Umweltanwalt Dr. E. Stüber und der Forderung des Landeshauptmannes Dr. Haslauer nach Erstellung eines Kiesleitplanes gelungen, diesen zerstörerischen Eingriff zu verhindern. Landesumweltanwalt Dr. Stüber konnte desweiteren am 2. 3. bei einer Aussprache mit LHStv. Dr. Katschthaler, Experten des Amtes der Salzburger Landesregierung, der BH Salzburg-Umgebung und dem Landesinnungsmeister der Bauhilfsgewerbe folgendes Ergebnis erzielen, das die Bemühungen um die Erhaltung der Salzachauen vorantreiben wird:

1. Die wertvollen Teile des Auwaldes an der unteren Salzach sollen erhalten bleiben. Das Ökologische Institut am Haus der Natur sowie die Bayerische Akademie für Naturschutz in Laufen werden zur Vorbereitung des beabsichtigten grenzüberschreitenden Schutzes und der Erhaltung wertvoller Aubestände in einem umfassenden Gutachten die fachlichen Grundlagen innerhalb von eineinhalb Jahren erarbeiten. In diesem Zusammenhang wird auch das Problem der Eintiefung der Salzach und des damit sinkenden Grundwasserspiegels behandelt werden, aus dem sich eine weitere Gefährdung des Auwaldes ergibt.

2. Um in Zukunft notwendige Rohstoffe wie Schotter, Kies, Ton, Marmor etc. ohne Konflikt mit Schutzinteressen verfügbar zu haben bzw. wertvolle Landschaftsteile von vornherein von Abbaumaßnahmen frei zu halten, soll in Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Abteilungen des Amtes der Salzburger Landesregierung sowie den Kammern eine Rohstofferhebung und -sicherung durchgeführt werden.

3. Dem beantragten großflächigen Schotterabbau in der Weitwörther-Au wird nicht stattgegeben. Der Abbau kann aber auf einem rund vier Hektar großen Areal, auf dem derzeit eine ökologisch nicht wertvolle Fichtenmonokultur stockt, vorgenommen werden.

Pressemitteilung des Bund Naturschutz in Bayern, Kreisgruppe Berchtesgadener Land:

»Regenerative Energiequellen ja – Salzachstau nein!«

Das Angsterzeugen mit einem Bild aus einer Zeit, da noch keine Dämme die Altstadt Laufens schützten, ist kein guter Einstieg in eine sachliche Diskussion.
Die Eintiefung der Salzach findet nicht auf der gesamten Flußstrecke, sondern nur abschnittweise statt. Wenn der Salzach nach wie vor Geschiebe entnommen wird, braucht man sich nicht zu wundern, daß der Schleppkraft des Flusses Kies fehlt. Überdies müßten vor allem bei den Staustufen auf Salzburger Territorium Kiesdurchlässe gebaut werden.
Eine naturnahe Sanierung durch maßvollen Staustufenbau ist ein Unsinn, weil es zur Naturnähe des Flusses gehört, ohne Stufenunterbrechung frei, pendelnd und geschiebeverlagernd zu fließen. Eine naturnahe Sanierung ist nur durch eine mögliche Aufweitung des Flußbettes, partielle Sohlenversteinung und Einbeziehung trockengefallener Altwasserbereiche möglich. Querbauwerke unterbrechen für viele an Flußwanderung gebundene Lebewesen den Biotopverbund, vor allem für die als Fischfutter sehr bedeutsamen Wasserinsekten. →

Salzach darf nicht »kastriert « werden

Überdies wird der kulturelle Gehalt und Wert einer freifließenden Flußstrecke, wie sie die Salzach ist, durch Staustufen zunichte gemacht. Sollen die Schifferschützen mit ihrem jahrhundertealten, von allen geschätzten Brauchtum an der Salzach fürderhin nur mehr in »lahmen Wasserlachen« herumstochern dürfen? Die traditionsreiche Salzach, die für die Salzachstädte als Lebens- und Handelsader Schicksalsfluß ist, darf nicht »kastriert« werden, damit mit einigen KWh mehr auch noch die letzten Zähne elektrisch geputzt werden können. Was wir in Zukunft notwendiger brauchen, ist Wasser!

Wasser wird in Zukunft zum entscheidenden Knappheitsfaktor, vor allem sauberes Wasser. Die flußbegleitenden Auen – auch jene der Salzach sind die Hauptzonen des im Kiesbett fließenden Grundwasserstromes. Nur fließendes Grundwasser ist gutes Wasser, Stauhaltungen bremsen den Grundwasserstrom – nicht nur den Oberwasserstrom und mindern aufgrund geringerer Turbulenzen Sauerstoffeintragung und Filterung die Qualität des Wassers. Selbst, wenn in Zukunft auch die letzte Gemeinde an ein mehrstufiges Klärsystem angeschlossen sein wird, kann man auf die Selbstreinigungsleistung der großen Lebensadern unserer Landschaft nicht verzichten. Man kann dem Präsidenten des Verbandes der deutschen Wasserkraftwerksbetreiber, Herrn Engelsberger, zustimmen, daß der Zustand einer kanalisierten, in ein enges Bett gezwängten Salzach keine Dauerlösung sein kann. Kein Organismus ob Mensch oder Landschaft kann sich eine »Arterien-Verkalkung« leisten. In der Abwägung Wasser- und Energieinteressen kommt dem Wasser ungleich größere Bedeutung zu. Hier steht existentielle Betroffenheit ins Haus, während auf dem Energiesektor auch ohne Atomkraftwerke und Salzachstaustufen die Lichter noch lange nicht ausgehen. Man braucht nur eine bessere Energieverwertungs-Technologie die sparen hilft, mehr Findigkeit und Bemühen die regenerativen Energie-Quellen, vor allem der Solar- und Wasserstofftechnik, sowie der Biogaserzeugung zu nützen.

LAND SALZBURG

Naturschutz- und Umweltschutzpreis

Das Land Salzburg vergibt für beispielhafte Leistungen auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes im Land Salzburg Preise.

Bewerbungen sind spätestens am 31. August eines jeden ungeraden Jahres an das Amt der Salzburger Landesregierung, Unterabteilung 7/2, 5010 Salzburg, Postfach 527, Kennwort »Natur- und Umweltschutzpreis« zu senden. Die erforderlichen Nachweise wie Pläne, Fotos etc. sind beizulegen.

Energiereserven vorhanden

Die größten Energiereserven sieht der Kreisvorsitzende des Bund Naturschutz in der Einsparung von Energie durch Verwendung sparsamer Elektrogeräte und Energieeinsparung bei Produktionsabläufen. Begünstigungen für Stromverschwender sollten bald der Vergangenheit angehören. Experten nennen für das Einsparungspotential die Zahl von 50%. Diese Zahl klingt zwar utopisch, aber würden nur 10 – 20% realisiert, wäre die Kraftwerkshalde bald noch größer. Den Energieanbietern sollte bei ihren Dispositionen zu denken geben, daß bereits im letzten Jahr der Energieverbrauch stagniert hat. Wenn im weiteren von Biotopvernetzung und Nahrungsketten-Verbesserung durch den Salzach-Stau gesprochen wird, so ist dies nur sehr eingeschränkt richtig.

Gerade in längeren winterlichen Kälteperioden zeigt sich wie wichtig schnellfließende, eisfreie Flußstrecken für jene Wasservögel sind, denen an den unteren Innstauseen der Gabentisch zufriert. Kormorane, Schellenten, Gänsesäger usw. finden an der eisfreien Salzach letzte Zuflucht. Wollen wir uns nicht weiter am galoppierenden Artenschwund beteiligen, kann die Devise nur lauten »Erhalt und Renaturierung der frei fließenden Salzach.«

Wer sich mit »ökologischen« Absichten zu schmücken oder zu tarnen versucht, sollte die ganze Öko-Logik überblicken, sonst wendet sie sich gegen ihn.

FLURBEREINIGUNG

Es geht ein Mann durch das bunte Land;
Die Meßkette hält er in der Hand.
Sieht vor sich hin und sieht sich um:
„Hier ist ja alles schief und krumm“
Er mißt wohl hin und mißt wohl her:
„Hier geht ja alles kreuz und quer!“
Er blickt zum Bach im Tale hin:
„Das Buschwerk dort hat keinen Sinn!“
Zum Teiche zeigt er mit der Hand:
„ Das gibt ein Stück Kartoffelland!“
Der Weg macht seinen Augen Pein:
„Der muß fortan schnurgerade sein!“
Die Hecke dünket ihm ein Graus:
„Die roden wir natürlich aus!“
Der Wildbirnbaum ist ihm zu krumm:
„Den hauen wir als ersten um!“
Die Pappel scheint ihm ohne Zweck:
„Die muß da selbstverständlich weg!“

Und also wird mit vieler Kunst
Die Feldmark regelrecht verhunzt.

HERMANN LÖNS (1903 !)

Energiewald — Gefahr und Chance

Stellungnahme der Österreichischen Naturschutzakademie

Kernstück einer umweltgerechten Energiepolitik muß der rationelle Einsatz der Energie, nicht die Erschliessung neuer Energiequellen sein. Der Österr. Naturschutzbund begrüßt aber grundsätzlich den Ersatz intensiv bewirtschafteter Getreideüberschußflächen durch andere Kulturen. Hinsichtlich der wünschenswerten Gestaltung der Landwirtschaft insgesamt wird auf das Grundsatzprogramm des ÖNB hingewiesen. Darin wird unter anderem eine umweltschonende, nicht auf maximalen sondern optimalen Ertrag gerichtete Bewirtschaftung gefordert.

Gefahr

In der Propagierung von sogenannten Energiewäldern sehen wir folgende Gefahren für Natur und Landschaft:

- Zerstörung extensiv genutzter und traditionell bewirtschafteter Flächen wie Feuchtstandorte (Feuchtwiesen, Streuwiesen, Moore, Fluß-Altarme), Halbtrockenrasen, einschüriger Wiesen, sogenannter Ödländer und sonstiger bestehender Ökozellen in der Agrarlandschaft. Dadurch drohen Artenverlust (über 1000 Insektenarten allein bei Trocken- und Halbtrockenrasen), ökologische und landschaftsästhetische Verluste (Verlust an charakteristischen Landschaftselementen und Strukturen).
- Verwendung von gebiets- und standortfremden Pflanzenarten mit Tendenz zu Monokulturen.
- Mit großer Wahrscheinlichkeit sind Schädlings-Massenvermehrungen zu erwarten, die zum Einsatz von Pestiziden zwingen werden.
- Eine überdimensionale Ausweitung der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln würde letztendlich nur zur Substituierung bestehender Monokulturen durch andere Monokulturen führen.

Unserer Vorstellung nach müßte eine Förderung ausschließlich auf Flächen beschränkt werden, die seit mindestens 10 Jahren intensiv für Getreideanbau inkl. Mais genutzt wurden, um spekulative Umwandlungen zu verhindern.

Dabei ist sicherzustellen, daß

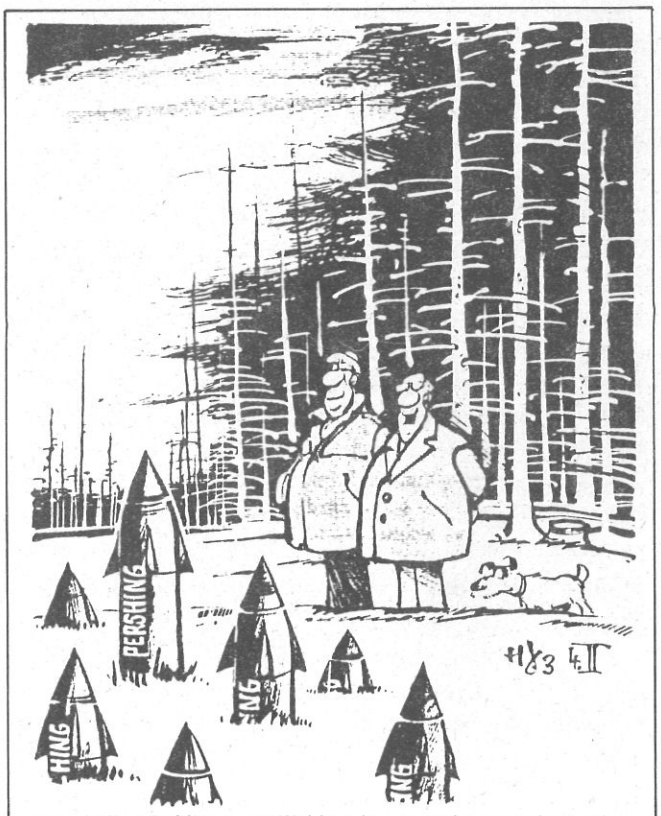
- standortheimische Gehölze in artenreichen Mischbeständen soweit wie möglich bevorzugt werden
- Gleichaltrigkeit des Bestandes auf großen Flächen vermieden wird
- jegliche Pestizidanwendung unterbleibt
- es zu keinem Einsatz von Kunstdüngern kommt.

Die angeführten Anforderungen sollten fester Bestandteil der Richtlinien für die Vergabe von Förderungsmitteln sein.

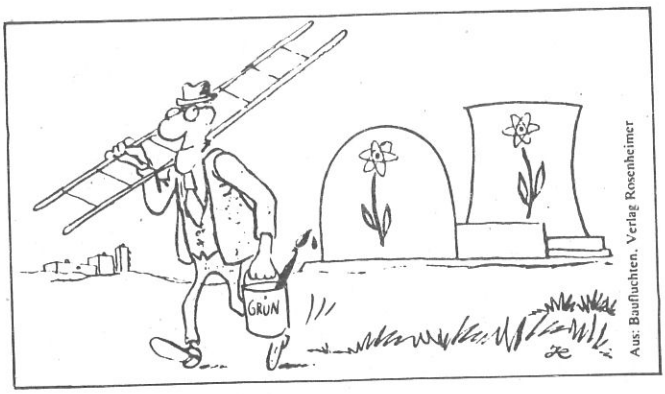
Chance

Durch netzartige Strukturen (Heckenlandschaft) könnte eine ökologische Bereicherung der monotonen Agrarlandschaft erreicht werden. Dabei wären bestehende Windschutzstreifen, Siedlungsränder und Straßen bzw. Güterwege in das Netz einzubeziehen.
Bei Stickstoff-überdüngten Böden und dadurch ausgelöster Nitratbelastung im Grundwasser sehen wir in der Nutzung mit Gehölzen sogar eine Möglichkeit der Sanierung.
Wir sind der Auffassung, daß der bisherige Kenntnisstand über die ökologischen Folgen nicht ausreicht, um einen großangelegten Einstieg in die Schaffung von »Energiewäldern« zu rechtfertigen.
Grundsätzlich weisen wir nochmals darauf hin, daß die dringend notwendige Waldpflege, die laut Forstinventur mindestens 28 Mio. Vfm einbringen könnte, auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen Vorrang haben sollte vor Holzplantagen, die aus Steuergeldern gestützt werden.

Univ. Prof. Dr. Kurt Zukrigl, für die Österreichische Naturschutzakademie. (Der Österr. Naturschutzakademie gehören angesehene Naturwissenschafter aus ganz Österreich an.)



Alles halb so schlimm, ein Wald stirbt, ein anderer wächst nach.«



Kritik an den deutsch-österreichischen Verhandlungen über grenznahe Atomanlagen

Nach Ansicht der Überparteilichen Salzburger Plattform gegen die WAA Wackersdorf hat die österreichische Regierung in den laufenden Verhandlungen mit der BRD über grenznahe Atomanlagen ihre Position durch die Besetzung der österreichischen Delegation von vornherein geschwächt. Es ist unannehmbar, daß in atomfachlicher Hinsicht Österreich lediglich durch einen Angehörigen des Forschungszentrums Seibersdorf und durch den ehemaligen technischen Direktor des AKW Zwentendorf vertreten ist.

Die offizielle Linie des Forschungszentrums Seibersdorf befürwortete die Nutzung der Atomenergie auch in Österreich sowie in diesem Zusammenhang die Technik der Wiederaufarbeitung. In noch stärkerem Maße gelte das für Dipl.-Ing. Nentwich, Direktor der Zwentendorf-Betreibergesellschaft GKT.

An vorderster Stelle habe er die Wiederaufarbeitung von Zwentendorfs abgebrannten Brennstäben in der französischen WAA La Hague verfochten. Diese Anlage arbeitet sogar nach Ansicht deutscher Pro-Experten mit wesentlich schlechterer Radioaktivitäts-Rückhaltung, als es die WAA Wackersdorf soll. Wie sollte jemand, der ohne weiteres Zwentendorfs hochradioaktiven Müll in einer noch umweltbelastenderen WAA aufarbeiten hätte lassen, österreichische Einwände gegen die WAA Wackersdorf vertreten, die nicht wie La Hague am menschenleeren Meer liegt und daher – zumindest auf dem Papier – doch nach etwas strengeren Standards arbeiten soll?

Mindesterfordernis wäre nach Ansicht der Salzburger Plattform gewesen, auch Vertreter der weitsichtigeren, schon vor Tschernobyl atomkritischen Wissenschafter beizuziehen. Dieses Mindesterfordernis hat die österreichische Regierung wenigstens für die kommenden Verhandlungen zu erfüllen.

Kontakte mit polnischen Umweltschützern

Anläßlich des Abschlusses der Anti-Atom-Partnerschaft zwischen BUND Naturschutz Bayern und Österreichischem Naturschutzbund Salzburg traf am »Schwandorfer Aschermittwoch« eine Abordnung des Österr. Naturschutzbundes (ÖNB) mit Vertretern des »Polski Klub Ekologiczny« zusammen. Diese ökologische Vereinigung betreut über 20 verschiedene Umweltbereiche in Polen, vom Verkehr über die Luftverschmutzung bis zur Atomenergie.

Wie der Vorsitzende des Ökologischen Klubs Polens, Dr. Zygmunt Fura, hervorhob, seien Sachinformationen zu den Gefährdungen unserer Lebensräume für die polnischen Umweltschützer besonders wichtig. Viel hätten ihnen bereits die Unterlagen des BUND Naturschutz bei der Aufklärung der Bürger über das erste, in Bau befindliche Atomkraftwerk in Nordpolen genützt. Damit bestätigt sich aus berufenstem Mund, daß den westlichen Atomkritikern das Verdienst zukommt, mit ihren Argumenten und Aktionen auch die Atomprogramme der Oststaaten zu bremsen.

Dr. Fura berichtete den österreichischen Gesprächspartnern ferner, daß die Ablehnung der Atomenergie ein Schwerpunkt ihrer Arbeit in Polen sei und er sich gerade hier wirksame Unterstützung aus dem atomfreien Österreich verspreche.

Dazu wie für die anderen Bereiche der Umweltproblematik wurde regelmäßiger Informationsaustausch, auch mittels gegenseitiger Besuche und Vorträge, vereinbart. Dies sei seit Tschernobyl leichter. Während vor dem Reaktorunglück ihre Informationsfreiheit stark eingeengt gewesen sei, seien ihre Stellungnahmen seither mehrfach selbst in den offiziellen Zeitungen erschienen.

Der ÖNB hofft, mit diesen Kontakten nicht nur den polnischen Umweltschützern zu helfen; über die Reduzierung etwa der Luftbelastung durch polnische Kraftwerke kann diese Hilfe letztlich auch unserer Bevölkerung zugute kommen!

Wandmalerei in der deutschen Stadt Hamm. Dort steht eine Plutoniumfabrik, in der vor kurzem mehrere Arbeiter verstrahlt wurden. Foto: H. Boese →

ANTI-ATOM-PARTNERSCHAFT

zwischen Bund Naturschutz in Bayern e.V. und Österr. Naturschutzbund, Landesgruppe Salzburg

In der Oberpfalzhalle in Schwandorf (Bayern) wurde am 4. März 1987 die Anti-Atom-Partnerschaft zwischen Bund Naturschutz Bayern und Österreichischem Naturschutzbund, Landesgruppe Salzburg offiziell besiegelt.

Eine Salzburger Delegation des Österr. Naturschutzbundes mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Landesgruppe und Koordinator der Überparteilichen Salzburger Plattform gegen die WAA Wackersdorf Prof. Mag. Heinz Stockinger an der Spitze, nahm an der Veranstaltung in Schwandorf teil und tauschte mit dem Vorsitzenden des Bund Naturschutz, Dipl. Forstwirt Hubert Weinzierl, folgende Partnerschaftsurkunden aus:

PARTNERSCHAFTS-URKUNDE

Der Bund Naturschutz in Bayern e.V. und der Österreichische Naturschutzbund - Landesgruppe Salzburg setzen mit ihrer Anti-Atompartnerschaft ein sichtbares Zeichen ihrer Ablehnung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf.

Mit dieser Partnerschaft soll ferner die Sorge der Bevölkerung vor den grenzüberschreitenden Gefahren der Atomenergie zum Ausdruck gebracht werden.

Unsere Natur- und Umweltschutzverbände wollen mit dieser Partnerschaft einen Beitrag zu einer atomfreien Zukunft leisten und mit gemeinsamen friedlichen und demokratischen Aktionen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage verhindern helfen.

SCHWANDORF, 4. MÄRZ 1987

DER VORSITZENDE
HUBERT WEINZIERL

DER VORSITZENDE
EBERHARD STUBER

DER BÜRGERMEISTER
DER LANDESHAUPTSTADT
SALZBURG

DIPL.-ING. JOSEF RESCHEN

Grußwort

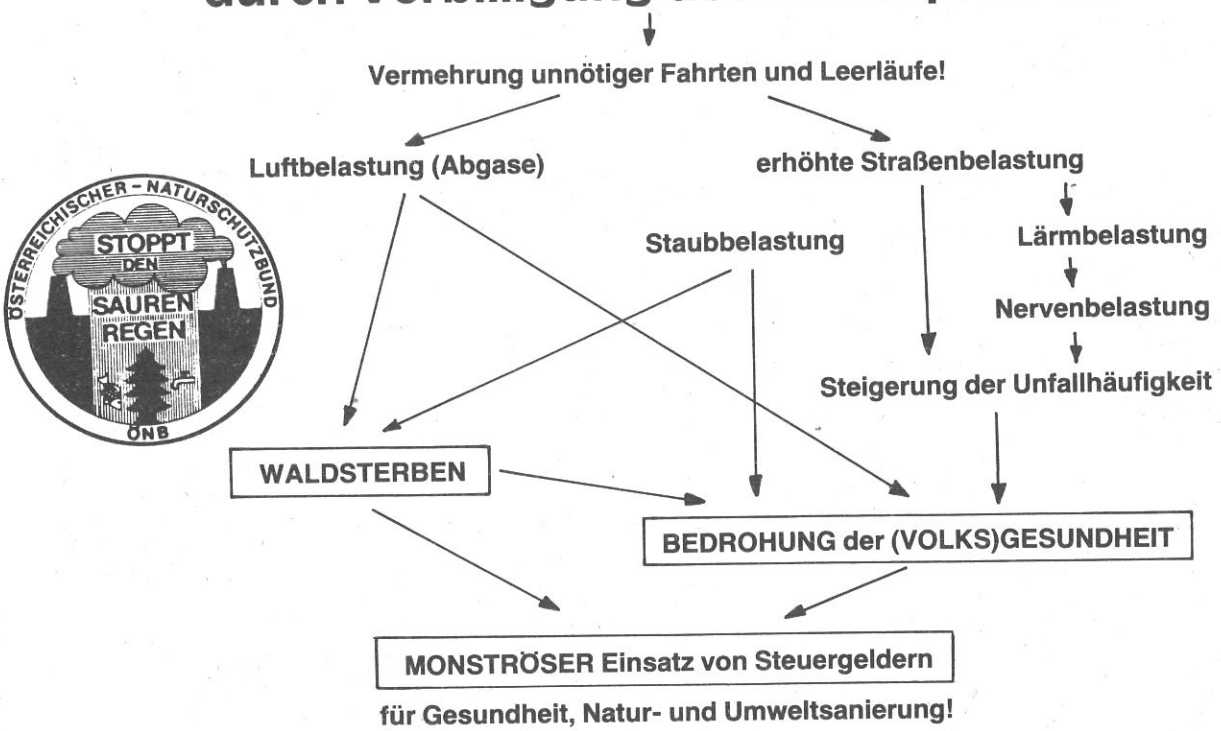
Als Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg überbringe ich allen Teilnehmern des politischen Aschermittwochs am 4. März 1987 in Schwandorf die herzlichsten Grüße der Stadt Salzburg . . .

Wenn die Stadt Salzburg die Forderung vertritt: »Wakkersdorf darf nicht gebaut werden«, dann ist dies nicht als Einmischungsversuch in die inneren Angelegenheiten unseres Nachbarstaates zu verstehen. Diese Forderung ist in der Erkenntnis begründet, daß grenzüberschreitende Gefahren auch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der bedrohten Bürger, Städte und Gemeinden erfordern. Ich danke daher den Funktionären und Mitgliedern des Naturschutzbundes Bayern und Salzburg, die mit ihrer Anti-Atom-Partnerschaft einen wichtigen Beitrag für diese gemeinsame Arbeit leisten. Mein besonderer Dank gilt aber auch meinem Freund, Herrn Landrat Hans Schuierer, der trotz aller Einschüchterungsversuche und trotz aller behördlichen Hindernisse an seinem Weg des friedlichen und demokratischen Widerstandes gegen die atomare Bedrohung festhält.

Meine Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf dieser Veranstaltung möchte ich aber auch mit dem Appell an die Bevölkerung Bayerns verbinden, keine Entscheidungen zuzulassen, deren bedrohliche Auswirkungen weit über Zeit und Raum der erteilten politischen Legitimation hinausreichen und deren Auswirkungen für künftige Generationen irreparabel sind. Arbeiten wir daher gemeinsam für unser Ziel, die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf zu verhindern.

Leserbrief:

KETTENREAKTIONEN durch Verbilligung des Benzinpreises:



Frage:
Wäre es nicht besser, das Übel gleich an der Wurzel zu fassen und **nicht** nach einem billigen Benzinpreis zu **schreien?** (Oder wenigstens eine »Umwelt-Steuer« zu akzeptieren?)

Margot Klapf, Prof. i. R.
5020 Salzburg, Linke Glanzeile 23

Verbot für Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe

Der Österreichische Naturschutzbund hat am 7. März 1987 in Salzburg in einer Resolution das sofortige Verwendungsverbot der Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe gefordert.

In der Resolution, die an die 4 Parlamentsparteien gerichtet ist, heißt es:

»In einer Höhe von 15 – 50 km wird unsere Erde von einer Ozonschicht umgeben, die für das Leben auf der Erde von größter Wichtigkeit ist. Sie hält die gefährliche UV-Einstrahlung aus dem All ab.
Seit 1974 ist theoretisch bekannt, was 1979 durch Untersuchungen bewiesen worden ist: Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe tragen den überwiegenden Teil der Schuld an der Zerstörung des »Weltraumanzuges« (»Taz«), »das Raumschiff Erde wird undicht« (Der Spiegel).
Die Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe sind ungiftige, unbrennbare, chemisch stabile und billige Stoffe, die in der Technik einen weiten Anwendungsbereich gefunden haben.
Mit Markennamen wie Freon und Frigen werden sie in Kunststoffen, als Reinigungsmittel in der Elektroindustrie und vor allem als Treibgas in Spraydosen verwendet.
Die Weltjahresproduktion betrug 1984 mehr als 1 Mio. Tonnen. Der Österr. Naturschutzbund fordert die im Parlament vertretenen Parteien auf, nach dem Vorbild der skandinavischen Länder dringend Maßnahmen gegen die weitere Verwendung der »Ozonkiller« FCKW zu beschließen. Umgehend könnte das Verbot der Verwendung von Treibgas in Spraydosen verwirklicht werden.
Berichte über die rasche Vergrößerung des »Ozonloches« über der Antarktis sind so alarmierend, daß jede zeitliche Verzögerung unverantwortlich wäre.
Gleichzeitig fordert der Österr. Naturschutzbund die Konsumenten auf, den Kauf von Spraydosen mit Treibgas zu boykottieren.

Resolution

Temporeduktion – sofort!

100 Jahre nach der Erfindung des Personenkraftwagens hat sich das System des Individualverkehrs in den Industrienationen sowohl zu einer in absehbarer Zeit nicht ersetzbaren Basis des menschlichen Lebens als auch zu einem seiner größten Probleme entwickelt. Der Zustand des österreichischen Waldes, dieses in einem Gebirgsland wichtigsten Ökosystems, das in unseren Jahren zusammenbricht, ist nach heutigem Wissensstand zu einem wesentlichen Teil auf den Pkw-Verkehr zurückzuführen. Wenn diese Verkehrssparte verantwortungsvoller als bisher behandelt werden muß, bedeutet das nicht, daß Verbesserungen der Umweltsituation bei Industrie und Hausbrand vernachlässigt werden dürften.

Der weiterhin überbordende Individualverkehr mittels Pkws scheint gleichzeitig nach wie vor immer neue Straßenbauten erforderlich zu machen, was von unserer Seite als eine besonders umweltbelastende und wirtschaftspolitisch national wie international besonders negative Art, Steuergelder auszuschütten, erkannt wird.

In unsere ausführlichen Erhebungen hat Eingang gefunden, daß eine Verringerung der Spitzengeschwindigkeiten des Individualverkehrs die einzige, **sofort** wirksame Möglichkeit ist, einen der dringend erforderlichen Schritte in die richtige Richtung zu tun. Dies haben auch technische Überlegungen und mehrere praktische Großversuche in Mitteleuropa und in Österreich mit großer Klarheit ergeben. Ebenso deutlich ist, daß die in diesem und im kommenden Jahrzehnt stattfindende Einführung der Katalysatortechnik beim Pkw in bezug auf das Waldsterben zu spät kommt und allzu langsam vor sich geht. Ähnliches gilt für die prinzipiell auch von uns intensiv unterstützte Entwicklung des öffentlichen Verkehrs, die durch Geschwindigkeitsbegrenzungen des Individualverkehrs große zusätzliche Fortschritte erzielen kann.

Geschwindigkeitsbeschränkung hat positive Auswirkungen

Aus dem Verständnis unserer Verantwortung fordern wir deshalb mit allem Nachdruck die sofortige Einführung der **Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 (innerorts), 80 (Bundes- und Landesstraßen), 100 km/h (Autobahnen) in Österreich.**

Wir sind uns sicher und stehen in Übereinstimmung mit den Verkehrsexperten, daß solche Beschränkungen, die im Interesse aller unserer Bürger erfolgen und deshalb nachdrücklich kontrolliert und eingehalten werden müßten (wobei die Frage der Akzeptanz durch noch uneinsichtige Mitbürger keine politische Rolle spielen dürfte), mit Sicherheit die folgenden Wirkungen hätten, die wir wohl alle anstreben sollten:

- Verkehrsberuhigung durch ein deutliches Anheben der Lebensqualität.
- Verringerung der Unfallzahlen und des Unfallgrades.
- Abnahme der Lärmbelastung.
- Verkehrsminderung durch die Abnahme des Reizes, sinnlose und weite Fahrten mit dem Pkw zu unternehmen.
- Erleichterung des Umsteigens auf den öffentlichen Verkehr, Reduktion der Neigung, Österreich als bloßes Durchzugsland zu benutzen, weil die Durchfahrt billiger und einfacher als durch Nachbarländer (z.B. Schweiz) ist.

Abbau der mit dem Individualverkehr verbundenen Schäden an der Umwelt (wesentliche Reduktion der Schadstoffe), der Unfallfolgen und des Zwanges zu immer weiterem Straßenbau.

Beschlossen bei der letzten Vorstandssitzung am 3. 2 1987.

Buchtip:

Alptraum Auto
Eine hundertjährige Erfindung und ihre Folgen

Von Bode/Hamberger/Zängl, 240 Seiten, erschienen im Raben-Verlag, 1986.
Preis: öS 249,60

Huntert Jahre Automobil: der Traum von der Beweglichkeit ist zum Alptraum geworden. Zu diesem Thema stellten die Herausgeber eine Ausstellung zusammen. Das vorliegende Begleitbuch ist die teilweise Wiedergabe der Ausstellungsbilder. Verschiedene Autoren behandeln die vielfältigen Aspekte einer automobilen Gesellschaft.

Umweltschutzpapier
AUS 100% ALTPAPIER – SPART ROHSTOFF, WASSER u. ENERGIE
Für Büro, Schule und persönlichen Bedarf
PRODUKTE AUS KLEINBETRIEBEN – SINNVOLL + SCHÖN
Alternativ-Handel GesmbH
5023 Salzburg, Linzer Bundesstr. 34
Tel. 79 2 23
ah

3. Welt Produkte
KAFFEE, TEE, GEWÜRZE, HONIG, HANDWERK
Jutetaschen ab 26.-
AUS BANGLADESCH
BESSERE PREISE FÜR DIE HERSTELLER
Alternativ-Handel GesmbH
5023 Salzburg, Linzer Bundesstr. 34
Tel. 79 2 23
ah

Forststraße im Landschaftsschutzgebiet?

(von Gossenleier/Glanegg bis Hangendenstein/St. Leonhard)

Die »Bürgerinitiative Landschaftsschutzgebiet Untersberg« hat bisher über 300 Unterschriften gegen den geplanten Forststraßenbau in den umliegenden Gemeinden gesammelt und den Österreichischen Naturschutzbund gebeten die Unterschriften in Verwahrung zu nehmen, weil dadurch gleichzeitig die Geheimhaltung gewährleistet ist. In einem Brief argumentierte die Bürgerinitiative, dies sei für einige Menschen von Bedeutung, da Repressionen seitens der Gemeinde gegenüber Unterzeichnern befürchtet werden.

Petition der BI Landschaftsschutzgebiet Untersberg an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, die Salzburger Landesregierung, die Gemeinde Grödig und die Gemeinde Anif:

Im Landschaftsschutzgebiet Untersberg wird zwischen Glanegg und Hangendenstein eine Forststraße in einer Breite von 3,5 m (mit Seitengräben 4,20 bis 4,50 m durchgehend) und einer Länge von ca. 8 km geplant. Die Straße soll zu ca. 3/4 aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Sie soll den Grundeigentümern die wirtschaftliche Nutzung des Waldes ermöglichen.

Diese Straße stellt einen massiven Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet dar, sie gefährdet den Wasserhaushalt insgesamt und Quellschutz- sowie Wasserschongebiete insbesondere. Die Straße würde die wunderbare Pflanzenwelt und die naturnahen Wälder beeinträchtigen und aus wirtschaftlichen Überlegungen zu einer Ausbreitung von Monokulturen (‚Verfichtung') führen. In diesem teilweise labilen Gebiet (Bodenbeschaffenheit) würde die Gefahr von Überflutungen am Fuße des Untersberges steigen.

Aus diesen Gründen halte ich den beabsichtigten Forststraßenbau für ökologisch bedenklich und ökonomisch fragwürdig und ersuche Sie, alles Ihnen Mögliche zu unternehmen, damit das Landschaftsschutzgebiet Untersberg in seinem Charakter erhalten bleibt.

Name	Adresse	Unterschrift

Beteiligen Sie sich an der kostenlosen Aktion

»Sparen Sie Heizkosten«

- Persönliche Beratung durch unabhängige Fachleute!
- Kostenlose Teilnahme!
- Füllen Sie noch heute Ihren Antrag aus und geben Sie ihn mit der Post auf!

Was will die Aktion?
Sie möchte Ihnen helfen, Ihre Belastung durch Heizkosten zu verringern, ohne daß Sie auf Behaglichkeit verzichten müssen.

Was bietet die Aktion?
Zunächst wird von produktneutralen Fachleuten festgestellt, wieviel Heizaufwand bei Ihrer(n) Wohnung(en) im Vergleich zu mittleren Normwerten eingespart werden kann (Grobanalyse). Anschließend nennen Ihnen Fachleute einzelne Maßnahmen, durch die Sie mit den geringsten Kosten die größten Einsparungen im Heizaufwand erzielen können (Beratungsgespräch).

Was haben Sie von der Aktion?
- Sie erhalten verläßliche Angaben über den energetischen Zustand Ihres Hauses.
- Sie wissen was zu tun ist, um eine Verbesserung zu erreichen.
- Sie können nun Firmenangebote einholen.
- Sie sind zu keinerlei Maßnahmen verpflichtet.

Wer kann an der Aktion teilnehmen?
Jeder, der im Land Salzburg als Eigentümer oder als Hauptmieter seinen Hauptwohnsitz hat.
Bei Wohnanlagen muß der Antrag von der Mehrheit der Verfügungsberechtigten unterstützt sein.

Wer bezahlt die Kosten?
Das Land übernimmt in Zusammenwirken mit Sponsoren die Kosten der Grobanalyse samt Beratungsgespräch **zur Gänze.**

Steht die Aktion auch anderen offen?
Das Land Salzburg begrüßt es, wenn sich auch Interessenten beteiligen, die alle Beratungskosten selbst tragen.
Falls Sie mitmachen, haben Sie den Vorteil, von verläßlichen und bewährten Fachleuten zu erfahren, wie und in welchem Umfang Sie sich Heizkosten in Ihrer(n) Wohnung(en) sparen können.

Wie kann ich an der Aktion teilnehmen?
Melden Sie sich bitte fernmündlich oder schriftlich beim Amt der Salzburger Landesregierung, Unter-Abteilung 10/1, Michael-Pacher-Straße 36, 5010 Salzburg, Tel. 0662/8042/DW 4214 oder 4558 an.

Sie erhalten sodann umgehend die Richtlinien und einen umfangreichen Fragebogen des Beratungsbüros zugesandt, auf dessen Grundlage die fachliche Beratung erfolgt.
Es werden u. a. der Energieverbrauch der letzten Jahre, die Lage sowie die heiz- und wärmetechnische Ausstattung des Hauses abgefragt.
Die Anzahl der Aktionsteilnehmer ist durch den zur Verfügung stehenden Finanzierungsrahmen vorgegeben. **Eine rasche Anmeldung ist daher sinnvoll.**

✂ -

Bitte hier abtrennen, in ein Kuvert stecken und einsenden:

An das Amt der Salzburger Landesregierung, Unterabteilung 10/1, Postfach 527, 5010 Salzburg.

Anmeldung

Ich melde mich zur Landesaktion **»Sparen Sie Heizkosten«** und ersuche um Zusendung des Fragebogens samt Richtlinien für ein

☐ **Ein- bis Dreifamilienhaus** ☐ **Mehrfamilienhaus**

Die Mehrheit der Verfügungsberechtigten ist für die Beteiligung der Aktion. ☐ **Ja** ☐ **Nein**

Vor- und Zuname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____ Telefonnummer _____

Hausverwaltung (falls vorhanden) _____

Umweltbericht

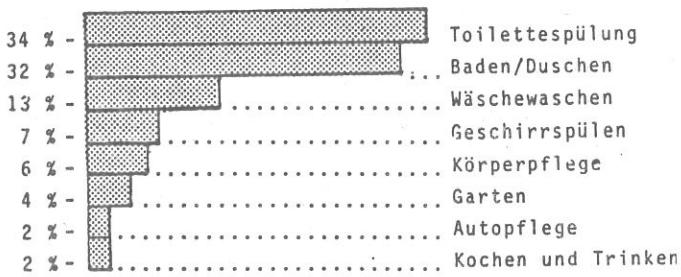
Fortsetzung von ÖNB-Kurier 4/1986

Zahlreiche Vorschläge und Empfehlungen warten auf Realisierung

Wasser und Gewässer

Die Belange der stehenden und fließenden Gewässer sowie des Grundwassers im Bundesland Salzburg sind im wesentlichen durch das Wasserrechtsgesetz (1959) und in einer Reihe von Landesgesetzen erfaßt.
Jede über den Gemeingebrauch (Benutzung der Gewässer ohne besondere Vorrichtungen, Baden, Waschen, Tränken, Schwemmen, Schöpfen, Erholungszwecke) hinausgehende Nutzung öffentlicher Gewässer bedarf einer behördlichen Genehmigung.
Nicht nur in Salzburg ist Wasser, sei es als öffentliches oder privates Gewässer, im Kreuzfeuer verschiedener Nutzungsansprüche.
Der Wasserwirtschaftskataster ist von wesentlicher Bedeutung für die Bewirtschaftung der Gewässer.
Über den Wasserhaushalt – Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung –, über die Wasserführung, die Güte der Fließgewässer und den Zustand der Seen im Bundesland Salzburg liegt eine Fülle von Daten vor.

Wie das Wasser im Haushalt verbraucht wird (aus: Öko-Knigge, 1984)



Vorschläge und Empfehlungen betreffend »Rohstoff Wasser«

- Zum Schutz von Trink- und Grundwasser sind Maßnahmen von seiten der Landwirtschaft, des Siedlungswasserbaues und der Abfallbeseitigung erforderlich. Ordnungsgemäße Entsorgung und sachgerechte Bodennutzung sind wesentliche Schritte zur Lösung dieses Problems.
- Weitgehende Überwachung und Schutz des Grundwassers durch Kontrolle und Sanierung aufgelassener und bestehender Deponien.
  Auch vergrabene Autowracks, Öldosen und dergleichen können Quell- und Grundwasser verunreinigen. Dazu ist es vor allem erforderlich, daß bei Bekanntwerden von seiten der Behörde unverzüglich reagiert wird. Im Juni 1985 wurde gemeldet, daß in Thalgau Autowracks vergraben wurden. Auf Betreiben der Landesanwaltschaft für Ökologie und Landschaftsschutz wurde nach einem Lokalaugenschein am 4. Oktober 1985 in einem Bescheid der Grundbesitzer verpflichtet, die Autos auszugraben und ordnungsgemäß zu entfernen. Eine Berufung wurde in der 2. Instanz abgelehnt. Bis 24. April 1986 wurden die Autowracks nicht ausgegraben.
- Genehmigung künftiger Deponien ausnahmslos nur, wenn zur Sicherung des Grundwassers alle Maßnahmen entsprechend den Richtlinien des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vorgesehen sind.
- Zur Sicherung noch ungenutzter Trinkwasserreserven muß der Einsatz von Schneekanonen einer kritischen Prüfung unterzogen werden.
- Bewußtseinsänderung in den Verbrauchergewohnheiten durch gezielte Information, welche verdeutlicht, daß reines Wasser ein kostbares und keineswegs unbegrenztes Gut ist.
  Beispielhaft könnten etwa in öffentlichen Ämtern entsprechende Wasserstopper, die bereits preiswert im Handel sind, in die Toilettspülungen eingebaut werden.
- Vorsorgliche Planung und Bau getrennter Leitungssysteme für Trink- und Brauchwasser, in öffentlichen und privaten Gebäuden durch gesetzliche Vorschreibung (Bautechnikgesetz), wie dies z.B. in Kanada praktiziert wird.
- Die Ergebnisse der Untersuchung über die Funktionstüchtigkeit von Kläranlagen (Amt der Salzburger Landesregierung) sollen herangezogen werden, um vor allem in Fremdenverkehrsgebieten entsprechende Sanierungsprojekte voranzutreiben.
- Für abgelegene Siedlungen im ländlichen Raum soll in jedem Fall die Möglichkeit von alternativen Entsorgungsmaßnahmen (Schilf-Binsenkläranlage) geprüft werden. Weiters bedarf auch die Entsorgung von Schutzhütten einer Regelung.
- Hygienische Überwachung von Baggerseen bzw. kleinen Badeseen während der Sommerzeit in kurzen Abständen, um einer Verschmutzung des Grundwassers vorzubeugen.
- Bei einer landgesetzlichen Regelung zur Ausbringung von Klärschlamm muß vor allem der Gedanke im Vordergrund stehen, daß die Nutzung von Boden und Wasser auch in drei oder mehr Jahrhunderten gewährleistet sein muß. Keinesfalls darf davon aus-

gegangen werden, daß in Zukunft Technologien entwickelt werden könnten, die eine Kontamination von Boden und Wasser reparieren. Dazu ist auch die Entseuchung des Klärschlammes erforderlich.

- Systematische Überprüfung von Betrieben, in welchen grundwassergefährdende Stoffe verwendet werden (Galvanik-Betriebe, Tankstellen, chemische Reinigungen u.a.m.) und allfällige Änderung des Bewilligungsbescheides unter Vorschreibung von Maßnahmen zur Sicherung des Grundwassers.

Vorschläge und Empfehlungen betreffend Seen

- Der Anschluß bisher noch nicht erfaßter Gebäude im Uferbereich (Wochenendhäuser) an die bestehende Kanalisation sollte vorangetrieben werden.
- Vermehrte Anstrengung auch die Nährstoffe der Zubringer zu reduzieren durch Anschluß an Kanäle und Kläranlagen oder alternative Entsorgungsmodelle im Einzugsgebiet.
- Förderung extensiver Bewirtschaftung im Bereich der Seeufer.
- Vorschreibung ausreichender Grubengrößen bei Schwemmentmistung, wobei gleichzeitig die Möglichkeit der Subventionierung oder zwischenzeitlichen Finanzierungshilfen der Baumaßnahmen geprüft werden sollte. (Subventionierung bis zu 14.000 DM in Bayern, Auskunft der Landwirtschaftskammer.)
- Ausreichender gesetzlicher Schutz zur Erhaltung der Ufervegetation als Filter für Nähr- und Schadstoffe.
- Durch eine zweckmäßige Information sollten die Badegäste dazu angehalten werden, die Gewässer nicht zu verunreinigen (Medien, Hinweisschilder, Plakate o.ä.).

Vorschläge und Empfehlungen betreffend Kleingewässer

- Landesgesetzliche Regelung zum generellen Schutz von stehenden Kleingewässern.
- Strafmäßige Verfolgung der Verschmutzung stehender Kleingewässer durch Müll und Unrat in Hinblick auf Grundwasserschutz und Schutz bedrohter Lebensräume.
- Rasche Informationsweitergabe zwischen Behörden, sodaß die Belange des Natur- und Umweltschutzes rechtzeitig bei örtlichen und regionalen Raumplanungskonzepten berücksichtigt werden können.
- Fortführung der Erhebung stehender Kleingewässer im Bundesland Salzburg.
- Information der Bevölkerung vor allem im ländlichen Raum über die Bedeutung stehender Kleingewässer, um damit Interesse an ihrer Erhaltung zu wekken.

Vorschläge und Empfehlungen betreffend Fließgewässer

- Wiederherstellung der Möglichkeit des Gemeingebrauchs öffentlicher Fließgewässer durch Sanierung der Wasserqualität
- Zur Problemlösung der weiteren Reduktion der Abwasserfracht aus der Papier- und Zellstoffindustrie Hallein erscheint es sinnvoll, eine Kommission anerkannter, unabhängiger Fachleute einzusetzen, deren Aufgabe darin besteht, bereits bestehende Anlagen zur Reinigung der Abwässer aus Papier- und Zellstoffindustrien und ihre Funktionstüchtigkeit im In- und Ausland zu beurteilen. Da von verschiedenen Seiten angezweifelt wird, ob die im Wasserrechtsbescheid vorgeschriebenen Maßnahmen dem Stand der Technik entsprechen, sollte eine Überprüfung des Bescheides erwogen werden. Weiters soll die Kommission für die termingerechte Einhaltung der vorgeschriebenen Sanierungsmaßnahmen Sorge tragen. Die Hauptaufgabe soll darin gesehen werden, daß das 1989 vorzulegende Konzept nach dem neuesten Stand der Technik soweit ausgereift ist, daß ohne weitere Verzögerung mit den Ausführungen begonnen werden kann.
- In konkreten, anstehenden Fällen soll in abgelegenen ländlichen Bereichen und Siedlungen die Möglichkeit alternativer Entsorgungsmethoden geprüft werden, um das direkte Einleiten von Abwässern in kleine Fließgewässer zu vermeiden.
- Sukzessive Sanierung beeinträchtigter Gewässerabschnitte in ökologischer und landschaftlicher Hinsicht. Eine Renaturierung in gesamtökologischer Hinsicht muß dabei die Verbesserung der Wasserqualität, die Erhöhung der Selbstreinigungskraft

durch Sanierung des Bachbettes und eine entsprechende Ufergestaltung zum Ziel haben. Als zweckmäßige Vorgangsweise ergibt es sich, daß zunächst Modellbäche geschaffen werden, um die Probleme der Renaturierung kennenzulernen. Dies wäre als künftige Aufgabe des Kulturbauamtes in Zusammenarbeit mit Vertretern des Naturschutzes vorstellbar.
Da für eine entsprechende Ufergestaltung Ufergrund erforderlich ist, sollten dafür die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

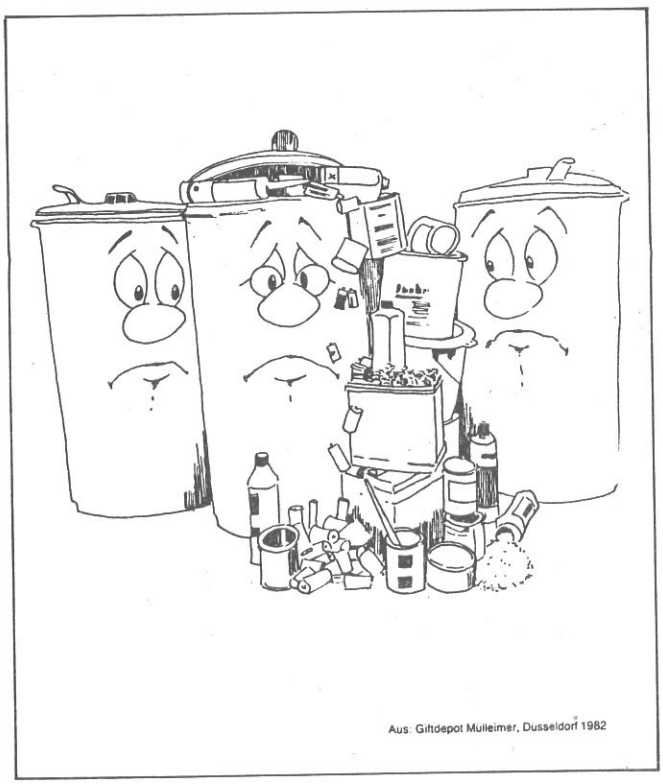
- Wichtig erscheint es, die Ziele des Gewässerschutzes und die Notwendigkeit von Sanierungsmaßnahmen durch entsprechende Informationen im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verankern.
- Bei Verbauungsmaßnahmen in land- und forstwirtschaftlich genutzten Bereichen soll im Einzelfall eine Überprüfung der Kosten für eine Bachverbauung und der Kosten einer allfälligen Schadensausgleichung an Betroffene vorgenommen werden.
- Von Sohlverpflasterungen im Rahmen von Bachverbauungen ist Abstand zu nehmen. Als wesentliches Kriterium sollte die Durchgängigkeit (Abstürze, Sperren) eines Fließgewässers im Vordergrund stehen.
- Prüfung der Möglichkeiten einer kostenmäßigen Entschädigung des Ertragsverlustes durch beschattende Ufervegetation.
  Entsprechende Aufklärung über Nutzen und Notwendigkeit der Ufervegetation in Hinblick auf die Erhaltung einer erlebnisreichen Landschaft für Erholungssuchende aus dem In- und Ausland und um das Selbstverständnis des Landwirtes als Mitverantwortlichen für die Erhaltung von bachbegleitenden Gehölzstreifen zu unterstützen.
- Gesamtstudie über die Verträglichkeit energiewirtschaftlicher Nutzung und Auwaldschutz an der unteren Salzach.
- Berücksichtigung der Ergebnisse der landschaftsökologischen Begutachtung der Fließgewässer im Bundesland Salzburg (Ökologisches Institut im Auftrag der Landesregierung) im Rahmen örtlicher und regionaler Raumplanung.
- Bei der Genehmigung von Kleinkraftwerken ist darauf zu achten, ob unter Einhaltung der Hydrobiologisch notwendigen und vorgeschriebenen Wasserdotation die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens noch gegeben ist, sodaß gewährleistet ist, daß die vorgeschriebene Wassermenge auch tatsächlich gegeben wird.
- Vorschreibung entsprechender Wasserdotation bei Neuansuchen abgelaufener Wasserrechtsbescheide.

Müll

Vorschläge und Empfehlungen betreffend Müll

- Ziele der Abfallwirtschaft müssen sein:
  1. Abfallverringerung und Abfallvermeidung
  2. Abfallverwertung
  3. Umweltkonforme Abfallbehandlung

  Dazu ist schon eine Reihe praxisorientierter Modelle entwickelt worden, die an die Salzburger Bedürfnisse angepaßt, auch bei uns angewandt werden könnten.
  Rote Tonne – Graz
  Aktion Planquadrat Müllverminderung – Wien
  Grüne Tonne – Neukirchen, NÖ
  Biotonne mit Wertstofferfassung – Umweltbundesamt Berlin
- Aufklärung und Erziehung der Bürger zur Durchsetzung der Ziele einer vernünftigen Abfallwirtschaft.
- Perfektionierung der getrennten Erfassung von Problemstoffen im Haushalt.
  Einführung der Deklarationspflicht für Problemstoffe.
  Pfandsysteme für Problemstoffe.
  Rücknahmepflicht von unverbrauchten Resten von Problemstoffen durch den Handel (vgl. Medikamentensammlung in Apotheken).
- Das Land sollte Initiativen setzen, die Verpackungsflut einzudämmen.



Aus: Giftdepot Mülleimer, Düsseldorf 1982

Liftprojekte ohne Ende

Wir haben mit Sorge den Artikel »Gutachten zur Umweltverträglichkeit (Seilbahnunternehmen suchen neues Image – Salzburg erhöhte die Qualität)« in den Salzburger Nachrichten vom 16. 1. 1987 gelesen, worin eine neue offensive Taktik der Liftgesellschaften zur weiteren Zerstörung der Landschaft zu erblicken ist.

Der Österreichische Naturschutzbund forderte daher, daß die Beschlüsse der Salzburger Landesregierung betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung beim Liftprojekt Maria Alm/Hinterthal striktest eingehalten werden.
Desweiteren meldeten wir erneut unsere Bedenken gegen Liftprojekte im Gebiet Viehhofen an, was voraussichtlich wieder eine Neuerschließung eines Gebietes bedeuten würde.

DR. HANS KATSCHTHALER
LANDESHAUPTMANNSTELLVERTRETER

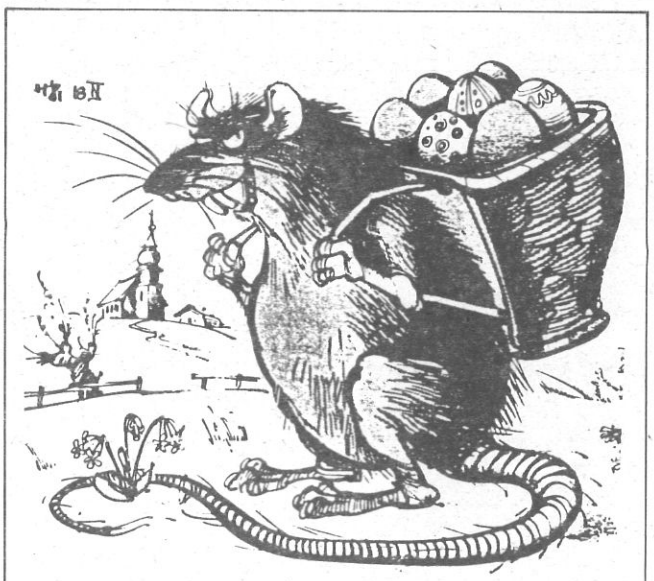
Landeshauptmannstellvertreter Dr. Hans Katschthaler nahm zu unseren Bedenken Stellung

Für Ihren Brief vom 21. 1. 1987 bedanke ich mich. Nach Durchsicht des von Ihnen zitierten Artikels in den Salzburger Nachrichten vom 16. 1. 1987 bin ich zur Auffassung gelangt, daß ich Ihre Befürchtungen, wonach eine »neue offensive Taktik der Liftgesellschaften zur weiteren Zerstörung der Landschaft zu erwarten ist«, nicht teilen kann.
Wenn der Bundesverbandsgeschäftsführer Viktor Schläglbauer zusätzliche Gutachten für eine umfassende Beurteilung bei Neu- und Umbauten von Aufstiegshilfen verlangt, so sehe ich darin lediglich das Bemühen, ökologische und ökonomische Aspekte vollständig zu erfassen und in einer Bewertung abzuwägen. Als Ergebnis eines solchen Prozesses kann entweder der Vorrang für die Ökologie (Ablehnung des Projektes), der Vorrang für die Ökonomie (vollinhaltliche Bewilligung des beantragten Objektes) oder ein für beide Seiten tragbarer Kompromiß stehen . . .
Was Viehhofen betrifft, so bestehen Wünsche für einen Zusammenschluß mit dem Leoganger Schiraum. Es gibt aber noch keine vorliegenden Projekte, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden könnten. Ich bin der Auffassung, daß auch in diesem Bereich für ein allfälliges Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muß.
Abschließend kann ich Ihnen versichern, daß die Salzburger Landesregierung sehr gewissenhaft und vor allem umweltbedacht alle ins Auge gefaßten Maßnahmen im Bereich der Aufstiegshilfen im Land behandeln wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans Katschthaler

Hunderte Pflanze sterben aus

Bei jüngsten Untersuchungen der österreichischen Pflanzenwelt orteten Botaniker eine alarmierende Entwicklung: Von den 3000 heimischen Farn- und Blütenpflanzen, 1000 Moosen, 250 Flechten sowie 250 Pilzen ist mehr als die Hälfte bedroht. Diese gefährdeten 2500 Pflanzen wurden erstmals von Botanikern der Universität Wien in einer gesamtösterreichischen »Roten Liste« zusammengefaßt. 800 davon sind sogar vom Aussterben bedroht oder zumindest schwer gefährdet.
Wie präkär die Situation jetzt schon ist, zeigen Untersuchungen, wonach allein in den letzten Jahrzehnten nicht weniger als 100 Arten aus dem Landschaftsbild verschwunden sind. Ursachen: Neben Ausflüglern und professionellen Sammlern, sind es vor allem landwirtschaftliche Maßnahmen so der Projektleiter Univ. Prof. Harald Niklfeld (Universität Wien).



»Sie werden sich in Zukunft mit mir begnügen müssen, der Hase ist nämlich am Aussterben!«

Naturkundliche Wanderungen des ÖNB

25. April 1987

Vogelkundliche Wanderung durch die Achartinger Au und Oichtenriede

Abfahrt: 6.30 Uhr, **Rückkehr:** 14.00 Uhr
Führung: Mag. Christine Arnold, Max Kobler
Ausrüstung: Gummistiefel, Feldstecher, Regenschutz.
Kosten: öS 100,–

16. Mai 1987

Vogelkundliche Wanderung am Wallersee

Treffpunkt: 6.30 Uhr Seekirchen, Seeburg
Neumarkt – Wied – Wenger Moor – Zell – Bayerhamer Spitz – Seekirchen.
Besuch des Heimatmuseums Seeburg mit Ausstellung und Tonbildschau »Geschichte des Wallersees«
Führung: Mag. Christine Arnold
Ausrüstung: Gummistiefel, Regenschutz, Feldstecher; Gehzeit ca. 5 Stunden, unbeschwerlich.

Kosten: öS. 50,–
Anmeldung: ÖNB, Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg, Tel. 0662/74 3 71

Termine:

Mittwoch, 8. April, 20.00 Uhr, Kapitelsaal:
Dr. Helmut HIRSCH, Hannover
»Wie arbeitet eine Wiederaufbereitungsanlage«

Samstag, 25. April: Tschernobyl-Gedenktag
Tagsüber verschiedene Aktivitäten am Alten Markt (Gemüse und Milchstand, Konzert der Mehlprimeln). 19.00 Uhr Fackelzug und Gedenkfeier. **Treffpunkt:** Alter Markt.

Mittwoch, 13. Mai, 19.00 Uhr, Haus der Natur
Prof. Dr. Roman TÜRK
»FLECHTEN – Bioindikatoren für die Umweltsituation im Land Salzburg« anschließend Jahreshauptversammlung des ÖNB.

Kurse für den Naturfreund

Kurs Nationalpark Hohe Tauern in Lienz

Anreisetag: 12. 7. 1987
Abreisetag: 18. 7. 1987
Kosten: öS 2.300,– (Übernachtung, Vollpension, Busfahrten, Eintritte)
Kursleiter: Dr. Wolfgang Retter
Mag. Christine Arnold (Vogelkunde)
Dr. Reinhard Medicus (Botanik)
Ganztagesexkursionen in die Anteile der drei Bundesländer.

Anmeldung und Auskünfte: ÖNB, Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg, Tel. 0662 / 74 3 71.

Kurs für naturverbundenes Wandern, Naturbeobachtung und Naturschutz in Heiligenblut

Anreisetag: 12. 7. 1987
Abreisetag: 19. 7. 1987
Der Kärntner Anteil des Nationalparks Hohe Tauern mit Exkursionen in das Gebiet des Großglockners, Ankogels und der Schobergruppe.
Kursleiter: Prof. Dr. Eberhard Stüber
F. Robl, Univ. Prof. F. Wolkinger, W. Wruß

Anmeldung: Bundesministerium für Umweltschutz, Familie und Jugend, Abteilung für außerschulische Jugenderziehung, Radetzkystraße 2, 1031 Wien.

Information: Haus der Natur, 5020 Salzburg, Museumsplatz 5, Tel. 0662/842653

Werden Sie Mitglied des Österr. Naturschutzbundes

☐ Mitgliedsbeitrag pro Jahr S 100,– ☐ Förderer pro Jahr S 300,– ☐ Mitgliedschaft auf Lebenszeit (S 5000,–) ☐ Ehepaare pro Jahr S 175,– ☐ Natur+Land (6 Hefte pro Jahr) S 125,–

Gewünschtes bitte ankreuzen!

Name _____

Adresse _____

_____

_____, den _____ _____
Unterschrift

Bankverbindung: Salzburger Sparkasse, Konto-Nr. 6460

Bitte in ein Kuvert stecken, adressiert an:

Österreichischer Naturschutzbund
Haus der Natur
Arenbergstraße 10
A-5020 Salzburg

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Österreichischer Naturschutzbund Kurier

Jahr/Year: 1987

Band/Volume: 1987_1

Autor(en)/Author(s): diverse

Artikel/Article: Österreichischer Naturschutzbund Kurier 1-16